

Gemeinderat Aktuell - 29. November 2010

- Für das Baugebiet „Gewerbegebiet West II“ wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst und der Entwurf des Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes gebilligt. Die Firma TE-KUWA GmbH – die hoch technologisierte Maschinen für die Draht- und Kabelverarbeitung entwickelt und herstellt, plant den Neubau einer Produktionshalle in diesem Gewerbegebiet. Dadurch sollen die bestehenden Betriebe in Wehr und Bad Säckingen/Wallbach an einem Standort zusammengelegt werden. Es entstehen durch die Ansiedelung einige Dutzend Arbeitsplätze. Auch unsere Steuerkraft wird dies positiv beeinflussen. Bei normalem Verlauf kann die Firma in 2011 ihre Gebäude erstellen.
- Dem Bauantrag zur Erweiterung der Garage und Terrasse, Lgb.Nr. 2007/3, Hauptstraße 40, Schwörstadt, wurde zugestimmt.
- Im Rahmen des von der Bundesregierung aufgelegten Konjunkturprogramms 2 hat die Gemeinde durch eine Kopfpauschale entsprechende Mittel zur Erneuerung und Ergänzung der Straßenbeleuchtung beantragt und genehmigt bekommen. Die für die Gemeinde akzeptabelste und günstigste Lösung sind Natriumdampflampen. Es wird das gelbe Licht sein, wie in vielen anderen Gemeinden auch. Weises Licht wäre fast doppelt so teuer, LED sogar fast ein Zehnfaches. Die Pilzlampen in den Ortsstrassen werden durch Kofferlampen ersetzt, die bereits vorhandenen Kofferlampen werden für die neuen Leuchtmittel umgerüstet. Die Beleuchtung an der Hauptstrasse wird ebenfalls auf diese Art erneuert und dadurch besser ausgeleuchtet. Die Lieferung von Material zu dieser Maßnahme wurden nun vom Gemeinderat an die Firma Elektrohandels-gesellschaft Lörrach zum Angebotspreis von 36.796,18 € vergeben. Die Installationsarbeiten werden von den Gemeindearbeitern und einer Elektrofirma Zug um Zug vorgenommen. Bis Ende 2011 soll die Maßnahme beendet sein.
- Der Antrag der CDU Gemeinderäte zur Änderung der Hauptsatzung wurde abgelehnt. Die Hauptsatzung sollte den Passus erhalten, dass nach Abschluss jedes Vorhabens der Gemeinde, das finanzielle Mittel benötigt, durch die Verwaltung eine Schlussrechnung vorzulegen ist, aus der alle eingesetzten Mittel, unterteilt nach Material, Arbeitslöhnen und Planungskosten, ersichtlich ist.
- Dem Antrag von Gemeinderätin Maria Frank auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat wurde zugestimmt. Der Gemeinderat stellte fest, dass nach der Gemeindeordnung keine Hinderungsgründe vorliegen, die einem Eintritt von Jörg Schmidt in den Gemeinderat entgegenstehen.